

Sprecher der Orthodoxie haben in den vergangenen Jahren mehrfach ihre Forderungen nach einem demokratisch legitimierten Konzil vorgebracht, das vor allem das Verhältnis zum sowjetischen Staat auf eine neue Grundlage stellen sollte. Dieser gesamte Fragenkomplex ist auf den Sitzungen des Konzils ebenso wenig behandelt worden wie die in weiten Kreisen der Kirche geforderte Revision der Beschlüsse der Bischofssynode aus dem Jahre 1961, die auf staatlichen Druck hin die Geistlichen aus der administrativen Leitung der Gemeinden ausgeschlossen hatte.

An innersowjetischen Maßstäben zu messen

Auch wenn man das Verhältnis der Kirchenleitung und des Konzils nicht an westlichen Maßstäben, sondern an innersowjetischen Möglichkeiten mißt, wird man sagen müssen, daß etwa die *Evangeliumschröten-Baptisten* (vgl. Herder-Korrespondenz, 24. Jhg. S. 370) ein erheblich größeres Maß an innerkirchlicher Demokratisierung und Kommunikation durchgesetzt haben als die orthodoxe Kirche. Sie haben nicht nur das Recht, alle vier Jahre einen gesamtsowjetischen Kongreß abzuhalten (auch das orthodoxe Landeskonzil 1917/18 hatte regelmäßige Konzile beschlossen), sondern vor den Kongressen finden regionale Zusammenkünfte statt, auf denen lokale Probleme beraten und die Delegierten zum Kongreß gewählt werden. In der orthodoxen Kirche können sich demgegenüber nicht einmal die Priester einer Diözese regelmäßig treffen, und ein in festen Intervallen einberufenes Konzil ist wahrscheinlich nicht nur den sowjetischen Behörden, sondern auch der Kirchenleitung suspekt. Bei den Zusammenkünften der Evangeliumschröten-Baptisten pflegen auch die Sprache freier und die Kritik offener zu sein als in der orthodoxen Kirche, obwohl dort ebenfalls Tabugrenzen deutlich sichtbar bleiben.

Immerhin hatte das Zagorsker Konzil die Möglichkeit, einige Tage zusammenzubleiben und konnte wahrscheinlich im kleinen Kreis manches erörtern, von dem nichts an die Öffentlichkeit gelangt. Das Landeskonzil 1945 mit seinen nur zwei Sitzungen hatte in viel stärkerem Maß akklamatorischen Charakter.

Vor der Neuwahl des Patriarchen hörte das Konzil in Zagorsk drei große Berichte über die kirchliche Gesamtlage von Pimen, über die ökumenische Aktivität von Nikodim und über die politische Arbeit im Kampf für den Frieden von Aleksij. Pimen sprach u. a. über die bedeutende Rolle der drei theologischen Ausbildungsstätten in Zagorsk, Leningrad und Odessa, aus denen zusammen mit den fünf während der Chruschtschow-Zeit zwangsweise geschlossenen Seminaren seit dem Kriege mehrere tausend Gemeindepriester und fünfzig Bischöfe hervorgegangen sind, so daß heute die Leitung der Kirche schon weitgehend in die Hände der jungen Nachkriegsbischöfe übergegangen ist. Pimen nannte in seinem Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit des Sinod seit dem letzten Konzil wichtige Akte der jüngsten Kirchengeschichte und ließ sie von der Zagorsker Kirchenversammlung bestätigen. Dazu gehörte ebenso die Verleihung der Autokephalie durch das Moskauer Patriarchat an die orthodoxen Kirchen in Polen (1948), der ČSSR (1951) und Nordamerika (1970) wie die erzwungene Auflösung der Unionen mit Rom in der Westukraine (1946) und in der Karpatho-Ukraine (1948).

Besondere Aufsehen hat die Tatsache erregt, daß Nikodim in seinem Referat ausführlich auf die *Altgläubigen* einging, die bisher bei allen ökumenischen Bemühungen sehr im Schatten gestanden haben. Das Gespräch mit den Altgläubigen ist wahrscheinlich weitgehend auf die persönliche Initiative von Nikodim zurückzuführen, der in Leningrad sogar mit den priesterlosen Altgläubigen der Pomorcy offizielle kirchliche Kontakte hergestellt hat — ein vollkommene Novum in der russischen Kirchengeschichte. Der Sinod hatte bereits im Dezember 1969 beschlossen, zugleich mit den Katholiken auch die Altgläubigen auf ihren Wunsch hin zu den Sakramenten der

orthodoxen Kirche zuzulassen, und Nikodim schlug nun dem Konzil vor, das Anathema der Moskauer Konzile von 1656 und 1667 gegen die Altgläubigen aufzuheben. Das geschah am letzten Sitzungstag des Konzils, und damit ist möglicherweise ein entscheidender Markstein für die weitere kirchliche Entwicklung innerhalb der Sowjetunion gesetzt worden. Es ist jedenfalls der Weg geebnet für den Abbau jahrhundertalter Schranken und Vorurteile. Wie weit sich diese hoffnungsvollen Zeichen auch im Leben der Gemeinden widerspiegeln, bleibt abzuwarten.

Die russische Kirche hatte eine Reihe hoher und höchster kirchlicher Gäste aus dem Ausland zum Konzil nach Zagorsk geladen. Das dokumentierte augenfällig die Vielzahl ökumenischer Beziehungen und die Bedeutung, die der russischen Kirche im internationalen kirchlichen Leben zukommt. Während 1945 nur die Vertreter der orthodoxen Schwesternkirchen anwesend waren, kamen diesmal neben den Oberhäuptern von sechs orthodoxen Kirchen auch der Generalsekretär des Weltrates der Kirchen, *E. C. Blake*, Kardinal *J. Willebrands* als Vertreter Pauls VI. und die Repräsentanten vieler anderer Kirchen und internationaler kirchlicher Organisationen in die sowjetische Hauptstadt („*Izvestija*“, 6. Juni 1971). Auch wenn die Ehrengäste keine Gelegenheit hatten, das Alltagsleben der russischen Kirche mit seinen Schwierigkeiten und Repressalien kennenzulernen, wurden sie doch mit einem Ausschnitt der sowjetischen Wirklichkeit konfrontiert. Obgleich natürlich die sowjetische Politik ihre eigenen Ziele verfolgt, wenn sie der orthodoxen Kirche gestattet, sich einen derartig repräsentativen Rahmen zu schaffen, sollte man nicht vergessen, daß die Ökumene für die Kirche in der Sowjetunion auch eine Schutzfunktion hat.

Die Weißen Väter verlassen Moçambique

In einer Diskussionsgruppe des Arbeitskreises „Entwicklungshilfe“ beim Ökumenischen Pfingsttreffen in Augsburg (vgl. ds. Heft, S. 339) wurde nach längerer Diskussion auch eine Solidaritätsresolution für die „Weißen Väter“ verabschiedet. Der

Mehrheitsbeschluß konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß ein Großteil der Teilnehmer über die Hintergründe und das Geschehen selbst kaum oder gar nicht orientiert war. Zum Glück konnte schließlich jemand alle Unwissenden darauf hinweisen,

daß der Wortlaut des Briefes, mit dem der Generalrat des Missionsordens seinen Schritt begründete, in „Publik“ (4. 6. 71) abgedruckt wurde. Dieses mutige und für die meisten überraschende Dokument gibt zwar schon eine Fülle von Gründen für den Rückzug aller „Weißen Väter“ aus der portugiesischen Kolonie Moçambique an, ein Rückblick auf die Vorgeschichte und Reaktion kann jedoch die Problematik und das Ringen um den Entschluß noch verdeutlichen.

Eine zweideutige Situation

Der vom 15. Mai 1971 datierte und vom Generaloberen *Th. van Asten* sowie den vier Generalassistenten unterzeichnete Brief war an die ca. 3000 Ordensmitglieder in Afrika gerichtet. Die „schwerwiegende Entscheidung“, zu der sich der Generalrat genötigt sah, sollte damit allen zur Kenntnis gegeben werden: „Nach mehreren Monaten der Überlegung, des Gebets und wiederholter Kontakte mit den zuständigen Personen haben wir entschieden, die Weißen Väter aus Moçambique zurückzuziehen.“ In dem Brief wird u. a. betont, daß „diese Maßnahme nicht durch Personalmangel diktiert wurde“. Nicht „äußere Gründe“, keine Gründe materieller Art seien ausschlaggebend gewesen. Ganz im Gegenteil seien weder die Sicherheit bedroht noch die Lebensbedingungen schlecht gewesen: „Nirgendwo anders haben unsere Missionare von einer Regierung so direkte und substantielle Hilfe erhalten.“ Nach dieser Abgrenzung, die später von portugiesischen Behörden als Beweis für die eigene Großzügigkeit und die falschen Motive des Generalrates ausgelegt wurde, nennt der Brief die viel ernsteren Gründe für die Entscheidung: „Einerseits die grundlegende Zweideutigkeit einer Situation, in der unsere Anwesenheit zum Gegenzeugnis wird; zum anderen die Aufrichtigkeit einer Mission, die es ablehnt, in Afrika zwei gegensätzliche Gesichter zu haben“. Dazu wird im einzelnen ausgeführt, daß „Verwechslung zwischen Staat und Kirche, die durch staatliche und kirchliche Autoritäten ständig nahegelegt wird, der Verkündigung des Evangeliums und dem wirklichen Bild der Kirche sehr abträglich ist“. Die theoretische Handlungsfreiheit werde durch die Unterdrückung der „Verkündigung

gewisser Aspekte des Evangeliums ständig gehemmt“. Besonders jede Tätigkeit, die „auf die Förderung einer wirklichen sozialen Gerechtigkeit“ abzielt, werde als „subversiv“ angesehen und zum Anlaß für „schmerzvolle Schikanen oder gar Gefängnis und Mißhandlung führender Christen“ genommen. Man habe lange auf eine klare Stellungnahme der Hierarchie gewartet — doch vergebens. „Konfrontiert mit einem Schweigen, das wir nicht verstehen können, verbietet uns unser Gewissen, als mitschuldig angesehen zu werden an einer offiziellen Unterstützung, welche die Bischöfe auf diese Weise einem Regime zu leisten scheinen, das . . . die Kirche benützt, um in Afrika eine anachronistische Lage zu festigen und zu verewigen, welche auf die Dauer eine Sackgasse bedeutet.“ Da den „Weißen Vätern“ Mittel und Wege fehlten, die Sachlage an Ort und Stelle richtigzustellen, rufe ihre „Anwesenheit lediglich eine bedauerliche Verwirrung beim Volke hervor“.

Die Entwicklung seit Oktober 1970

Mit diesem Brief wurde eine Entwicklung bekannt, die sich seit langem anbahnte, aber im Oktober 1970 in ihre entscheidende Phase getreten war. Seit genau 25 Jahren sind die „Weißen Väter“ in Moçambique tätig. Doch im Grunde stand von Anfang an der von Portugal und dem Vatikan 1940 im Konkordat, dem Missionsabkommen und dem Missionsstatut vereinbarte „besondere Charakter der katholischen Mission“ mit seinen vielfältigen Abhängigkeiten (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 204) den Grundprinzipien gerade dieses speziell für Afrika und eine *Afrikanisierung* gegründeten Ordens hemmend im Wege. Schon früh hatte es Divergenzen gegeben, doch in letzter Zeit spitzte sich die Lage zu.

Im Oktober 1970 wurde einem Missionar die Wiedereinreise nach Moçambique verwehrt, weil er bei den Wahlen einer portugiesischen Schwester gegenüber den Sinn der „Wahl ohne Alternative“ in Frage gestellt hatte. Da von offizieller kirchlicher Seite nichts gegen diese Entscheidung unternommen wurde, begab sich am 23. Oktober der Provinzial in Moçambique, *P. Bertulli*, zum Bischof von Beira, *F. Cabral*, um ihn zum

Eingreifen zu bewegen. Auch gegen einen anderen Pater wurden Anklagen erhoben, da er „subversive Doktrinen“ gepredigt habe. Bezeichnenderweise stammten diese Beschwerden von Leuten, die die Kirche nie betreten hatten und zudem ein Datum bei den Behörden angaben, an dem der Pater überhaupt nicht gepredigt hatte. Am 14. Dezember erklärte der Bischof dem Provinzial, er habe in den beiden Fällen nichts ausrichten können. Bertulli gab daraufhin am 14. Januar bekannt, daß die Missionsstation von Barué, die die beiden Patres geleitet hatten, geschlossen werden müsse.

Diese beiden Fälle, die nur der auslösende Faktor einer seit langer Zeit anstehenden *Demonstration der Glaubwürdigkeit* waren, brachten die Angelegenheit endgültig ins Rollen. Am 23. Februar besuchte der Generalobere aus Rom Moçambique. In einem Spezialkapitel wurde der gesamte Fragenkomplex miteinander diskutiert. 16 Patres (von 33) wollten daraufhin sofort das Land verlassen, der Rest wollte das Ende des Schuljahres abwarten. In einer Schlußabstimmung entschied sich die Mehrheit für den Rückzug, eine Minderheit wollte lieber die Arbeit fortsetzen. Man einigte sich auf den 1. Juli als Termin, um einen übereilten Aufbruch zu verhindern.

Am 28. Februar traf sich van Asten mit dem Nuntius in Lissabon, dem Bischof von Beira und einem Beamten des Ministeriums für überseeische Angelegenheiten zu einem weiteren Gespräch, in dem er genau darlegte, was von den Missionaren beschlossen worden sei. Am 2. März setzte der Generalobere seine *Konsultationen* fort. In Rom traf der Generalrat mit Kardinal *Villot*, Erzbischof *Casaroli* und Msgr. *Gaspari* vom Staatssekretariat zusammen. Weitere Verhandlungen mit dem Staatssekretariat folgten. Man stellte diesem schließlich eine Art *Ultimatum*, d. h. man bat um Stellungnahme zu dem geplanten Schritt und um Antwort auf einige Fragen. Falls nicht innerhalb von 10 Tagen eine Antwort vorliege, müsse man eben ohne Abstimmung mit dem Vatikan vorgehen.

Da die Antwort ausblieb, versandte der Generalrat am 15. Mai den entsprechenden Brief. Bertulli unterrichtete seinerseits die Ordensoberen der anderen in Moçambique arbeitenden Orden — nach vorangegangener Konsultation — am 23. Mai

brieflich über den Schritt. Am 17. Mai war van Asten selbst noch einmal nach Moçambique geflogen und hatte die beiden Bischöfe von Beira und Tete, in deren Diözesen die „Weißen Väter“ tätig waren, persönlich über die Entscheidung und die Motive informiert. Die portugiesischen Behörden ihrerseits reagierten bereits am 25. Mai. Statt des selbst gesetzten Termins 1. Juli wurden die Missionare nun durch eine Regierungsverordnung gezwungen, das Land innerhalb von 48 Stunden zu verlassen. Vom 27. bis 30. Mai wurden sie daraufhin „auf Kosten der portugiesischen Regierung“ in Gruppen nach Nationalitäten geordnet nach Lissabon geflogen, von wo aus sie alle nach Rom weiterreisten.

Beschuldigungen und Klarstellungen

Mit der Ausreise war die Affäre aber keineswegs abgeschlossen. Kritiker und Befürworter formierten sich. In einer Pressekonferenz am 28. Mai in Lissabon antwortete der Außenminister, R. Patricio, auf die Frage nach dem Vorgehen und den Gründen der „Weißen Väter“ u. a., einige Patres hätten „ihr Amt für eine politische und subversive Aktion ausgenutzt“. Als höchst „verdammenswürdig“ nannte er das Verhalten zweier Patres, die sowohl die Befreiungsbewegung unterstützt als auch Nationalhymne und -flagge geschmäht hätten. Dieser Vorwurf wurde später u. a. von Pater Burridge widerlegt, der sowohl auf die bereits 6 bis 10 Jahre zurückliegenden Vorgänge als auch auf die Unsinnigkeit der Beschuldigung hinwies (vgl. „The Tablet“, 12. 6. 71). Völlig aus der Luft gegriffen ist dagegen die Behauptung des Außenministers, „bezeichnend“ für die „Weißen Väter“ sei es, daß sie vor Verlassen der Missionsstation von Barué „die gesamte Ausstattung und das Mobiliar zerstört“ hätten („Diario de Noticias“, 29. 5. 71). Der Generalrat konnte diese Unterstellung detailliert widerlegen. Im übrigen hatte sich der Außenminister ausgerechnet die Station ausgesucht, die bereits am 28. Januar verlassen werden mußte (s. o.). Der Minister setzte alles auf den Vorwurf, die „Weißen Väter“ hätten den „Kampf gegen die Unabhängigkeit Moçambiques und gegen die Souveränität Portugals“ im Sinne gehabt.

Kirchlicherseits gab es zwei sehr unterschiedliche Reaktionen aus dem Lande selbst. Am Pfingstsonntag (30. Juni) verlasen die Priester fast aller Kirchen der Diözese Beira eine Erklärung, in der die Vorgänge um den Rückzug genau dargelegt wurden. Im letzten Satz hieß es, diese Erklärung sei notwendig gewesen, um die falschen Darstellungen und Gerüchte zu zerstören. „Bitten wir den Hl. Geist, daß dieses Zeichen dazu beiträgt, in uns das Bewußtsein für ein wahres Christentum zu wecken.“ Keiner dieser Priester gehörte zu den „Weißen Vätern“, die meisten waren Portugiesen. Während der von „Radio Pax“ übertragenen Messe in der Kathedrale von Beira machte der Pfarrer nach dem Verlesen noch den Zusatz: „Alles, was gestern die Zeitungen geschrieben haben, ist reine Lüge. Jetzt beten wir gemeinsam das Glaubensbekenntnis . . .“ Als letzte äußerten sich am 2. Juni die Bischöfe Moçambiques (sämtlich Portugiesen). In einer bezeichnenderweise vom staatlichen Informationsministerium verbreiteten Erklärung „bedauerten“ sie den Schritt und behaupteten, die meisten der „Weißen Väter“ hätten sich gegen die Entscheidung ausgesprochen. Nicht „echter evangelischer Geist“ habe den Ausschlag für den Rückzug gegeben. Vielmehr sei dies „ein Reflex der gegenwärtigen Krise, die gewisse Bereiche der Kirche befallen habe“. Man könne die Gründe nicht akzeptieren. Dazu verwiesen sie erneut darauf, daß Kirche und Staat in Moçambique unabhängig seien, daß die Kirche sich aus der Politik heraushalten müsse und daß schließlich die Regierung viel für die Ärmsten tue und von Rassendiskriminierung nicht die Rede sein könne. Ein Sprecher der „Weißen Väter“ nannte das Dokument einen Brief „voller Unwahrheiten“. Allerdings war von seiten der Bischöfe kaum eine andere Reaktion zu erwarten (vgl. Herder-Korrespondenz, ds. Jhg., S. 204 f.). Nichtbeteiligung der Bischöfe an den überregionalen Bischofstreffen und heftige Attacken gegen Resolutionen anderer Bischöfe gegen portugiesischen Afrika-Politik sind nur einige Anzeichen dafür.

Warten auf Rom?

Die im Brief des Generaloberen erwähnten Pressionen wurden nach der

Rückkehr der Missionare in Einzelheiten bekannt. Bespitzelung, Zensur, Verdächtigung als kommunistische Agenten sowie Unterdrückung jeglicher Aktivität zur Förderung sozialer Gerechtigkeit sind an der Tagesordnung. Selbst „Populorum progressio“ durfte nur in „gereinigter“ Ausgabe erscheinen. Und zu allem schweigt die Hierarchie bis heute. Insofern richtet sich der Protest der „Weißen Väter“ in erster Linie gegen sie. Nur wenn sich hier Änderungen zeigen und wenn der Weltepiskopat entsprechend Druck ausübt, glaubt man überhaupt noch an eine überzeugende Missionsarbeit in Moçambique. Von der einheimischen Bevölkerung scheint der Schritt durchaus verstanden worden zu sein, denn sowohl auf dem Flugplatz als auch in den Stationen wurde den Missionaren ein überwältigender Abschied zuteil.

Das Vorgehen ist indirekt natürlich auch eine Herausforderung an die verbleibenden Orden. Die „Weißen Väter“ hatten es insofern leichter, als sie weder in Portugal noch in anderen portugiesischen Kolonien vertreten sind und im übrigen ihr speziell für Afrika gedachtes Statut vorweisen konnten. Sicherlich richtet sich der Schritt auch gegen ein diplomatisch taktierendes Staatssekretariat und die verfänglichen traditionellen Vorrechte der kath. Kirche. Rom hat offiziell vorher und hinterher geschwiegen. Zwar wurde van Asten nach dem 15. Mai in den Vatikan gerufen, öffentlich erklärt hat man sich aber noch nicht. Bisher ist lediglich bekannt geworden, daß zwei vatikanische Persönlichkeiten nach Moçambique geschickt würden, um die Vorfälle zu untersuchen (vgl. „La Croix“, 13. 6. 71). Angesichts der langen Vorgeschichte erscheint diese Aktion etwas verspätet gestartet worden zu sein.

Am Mittwoch nach Pfingsten (2. Juni) nahmen die ausgewiesenen Missionare (33 Patres, 7 Brüder) gemeinsam an einer allgemeinen Audienz im Petersdom teil. Bewußt hatte man auf spektakuläre Auftritte verzichtet. Bei dieser Gelegenheit überreichte ein Pater dem Papst ein Foto, das den total zerschundenen Rücken eines mißhandelten Afrikaners zeigte. Auf die Rückseite hatte der „Weiße Vater“ geschrieben: „Bild der leidenden Kirche Moçambiques, die von Ihnen, Hl. Vater, ein ermutigendes Wort erwartet“.